Neu-Köllnisch

LINKES INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSBLATT · AUSGABE 9/2009 - NOVEMBER

Es geht um unser Wasser ...
Seite 3

In dieser Ausgabe:

2 **Tempelhof für die Öffentlichkeit sichern.** Ein Jahr nach dem Flugbetrieb
4 **Sarrazins Sündenböcke.**
5 **Ist die NPD nach ihrer Wahlniederlage noch gefährlich?**
6 **Das Herz schlägt für DIE LINKE.** Franziska Lorenz-Hoffmann im Porträt
8 **Abstimmen über Kriegseinsatz.** Friedensbewegung mobilisiert gegen Krieg in Afghanistan

Buschkowsky macht den Sarrazin

Die 150 Euro, die nach Plänen der Bundesregierung gezahlt werden sollen, wenn Kinder künftig zu Hause betreut werden statt in die Kita zu gehen, ist keine Lösung, sondern ein Problem. Die angebliche Wahlfreiheit der Eltern wird durch ein Betreuungsgeld nicht verbessert und die „klassische" Einverdiener-Familie zu Lasten von Frauen gestärkt. Kinder aus ärmeren Familien würden künftig noch weniger Chancen auf Förderung ihrer Talente außerhalb der Familie haben. Deshalb gehören diese Pläne in den Papierkorb.

Neuköllns Bürgermeister Buschkowsky jedoch nimmt das Thema Betreuungsgeld und macht den Sarrazin: „In der deutschen Unterschicht wird es versoffen und in der migrantischen Unterschicht kommt die Oma aus der Heimat zum Erziehen, wenn überhaupt." Statt sachlich Kritik vorzubringen, beschimpft er Arme und fördert Vorurteile gegen Migranten. Das ist einfach unwürdig und gefährlich am sozialen Brennpunkt Neukölln.

KDH

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

Merkel & Co. machen Gesundheitswesen krank

Foto: KDH

Schwarz-Gelb startet einen Systemwechsel im Gesundheitswesen. Dagegen wächst der Protest.

Kopfpauschalen bei Gesundheit und Pflege und eingefrorene Arbeitgeberanteile führen zu dramatischen Beitragssteigerungen für Versicherte und Patienten. Noch mehr „Eigenbeteiligungen" bedeuten für Menschen mit geringem Einkommen: Eine angemessene Gesundheitsversorgung wird nahezu unmöglich. Zwei-Klassen-Medizin wird zum Standard, wenn Gesundheit zur Ware, Konkurrenz und Wettbewerb zum Prinzip werden.

In Neukölln fehlen Ärzte

Bereits 2008 musste das Bezirksamt Neukölln feststellen, dass sich Neuköllner Ärzte lieber dort niederlassen, wo mehr Privatpatienten erwartet werden. Schon jetzt ist die Versorgung durch Fachärzte in Neukölln mangelhaft. In Neukölln fehlen vor allem Anästhesisten, Radiologen, Hautärzte, Gynäkologen, Urologen und Augenärzte. Allein zwischen 2004 und 2008 haben 88 Ärzte ihre Praxen aufgegeben, es wurden aber nur 35 neue Praxen eröffnet.

Über den geplanten schwarz-gelben Systemwechsel im Gesundheitswesen jubelt die Pharmaindustrie. Lobbyisten von Ärzte- und Apothekerverbänden loben den Marktradikalismus der Bundesregierung. Private Krankenversicherungen erwarten hohe Profite. Kritik kommt von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Patientenvertretern.

DIE LINKE setzt dieser unsozialen Politik das Modell der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung entgegen, in die alle einzahlen und Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Versicherungsbeiträge je zur Hälfte tragen.

„Für reale Einkommensverbesserung im Öffentlichen Dienst"

Ende September haben Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Berlin begonnen. Bisher ohne Ergebnis.

In einem Antrag an den Landesparteitag der Partei DIE LINKE Ende November setzt sich der Neuköllner Bezirksverband dafür ein, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den bevorstehenden Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes, nach Jahren der Abkopplung von der bundesweiten Lohnentwicklung (die Differenz beträgt Ende 2009 5,9 Prozent) eine reale Einkommensverbesserung erhalten. Zugleich wird der Anspruch bekräftigt, in den Flächentarifvertrag zurückzukehren. Neben anderem lehnt der Bezirksverband Neukölln die Angleichung der Wochenarbeitszeit von derzeit 38,5 Stunden im Westteil Berlins auf die von 40 Stunden im Ostteil Berlins ab und setzt sich für stattdessen für einheitlich 39 Stunden Wochenarbeitszeit ein. Die Mitglieder der LINKEN im Senat werden in dem Antrag aufgefordert, alle Tarifangebote abzulehnen, die eine reale Verschlechterung für die Beschäftigten herbeiführen.

Die Neuköllner LINKE regt in dem Antrag bundesweite Proteste an (z. B. Großkundgebung in Berlin), die sich gegen Sozialabbau durch die Unterfinanzierung der Länder und Kommunen richten und eine andere, gerechte Steuerpolitik einfordern.

Tempelhof für die Öffentlichkeit sichern

Nach wie vor sind die Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung und der Bezirksverband Neukölln der LINKEN entschlossen: Luxusbebauung auf dem Tempelhofer Feld an der Oderstraße und das Columbiaquartier wird es nicht geben.

Das gesamte Tempelhofer Feld muss der Öffentlichkeit als Gesamtpark kostenlos zugänglich gemacht werden, der Zaun darf keine Barriere bilden. Das ergab ein Hearing der Fraktion der LINKEN BVV-Fraktion am 3. November. Mit einer schrittweisen Öffnung durch den Senat und zahlreichen Plänen im Detail zeigten sich die Teilnehmer aber „übergangsweise zufrieden".

„Wir begrüßen es, dass die Projektentwicklungsgesellschaft Adlershof und Berlin Grün die Diskussion über einen Park professionell organisieren. Dabei wollen wir mehr Bürgerbeteiligung. Leider haben wir das Gefühl, dass die SPD-geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nicht von ihren derzeit unnötigen Bebauungsplänen an der Oderstraße und am Columbiadamm abrücken will, sondern sich Hintertüren offenhält. Gemeinsam mit unserem Landesausschuss verlangen wir ein zehnjährigs Moratorium, nicht für Ideen und Zwischennutzungen, aber gegen vollendete Tatsachen."

Foto: Angela Knobloch, www.composed-images.com

BUNTER HUND Frenzie freut sich mit der LINKEN auf das Tempelhofer Feld

Zufrieden zeigte sich auf dem Hearing der LINKEN die Interessengemeinschaft BUNTER HUND, dass auf dem Tempelhofer Feld ein Hundeauslaufgebiet entstehen soll. Dazu Sprecher Thomas Hinrichsen: „Dieses Feld muss in der Nähe des Schillerkiezes liegen und mindestens sechs Fußballfelder groß sein, da es berlinweit Menschen anziehen wird. Wir bedanken uns bei der LINKEN, die uns stets rückhaltslos dabei unterstützt hat, so ein für uns kostenloses Gebiet einzurichten. Hundeauslauf ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge."

Einladungskarte zum Hearing der Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln

Wohngeldbearbeitung in Neukölln

Die Bearbeitung der Wohngeldanträge nach den Änderungen, von 2009 stellt die Berliner Bezirke vor zusätzliche Aufgaben.

In Neukölln wurde deshalb eine weitere Stelle eingerichtet. Trotzdem gibt es monatlich 20 bis 30 Widersprüche von Antragstellern. Während andere Bezirke konkrete Angaben zur Erfolgsquote der Widersprüche machten, hieß es aus Neukölln nur lapidar „unterschiedlich". Zur durchschnittlichen Bearbeitungszeit wurden keine Angaben gemacht.

Die kostenlose Hartz-IV-Beratung in den Räumen der LINKEN
am Richardplatz 16
wird bis auf Weiteres nach persönlicher Vereinbarung angeboten.
Kontakt über:
Franziska Lorenz-Hoffmann,
Telefon: 030-53084626,
E-Mail:
franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de

Nachtflugverbot für Flughafen Schönefeld

Die Lärmbelästigung durch den Großflughafen Berlin-Brandenburg in Schönefeld betrifft auch Anwohner im Neuköllner Süden, besonders in Rudow.

DIE LINKE Brandenburgs will nun eine Klage von Anrainern gegen die jüngste Planung zum „Lärmschutzkonzept" unterstützen. Der sogenannte Planergänzungsbeschluss sieht einen eingeschränkten Flugverkehr zwischen 22 Uhr und Mitternacht sowie zwischen fünf und sechs Uhr vor. Für 2023 werden beispielsweise etwa 77 Flüge pro Nacht prognostiziert.

Foto: KDH

Ehrung am Werner-Seelenbinder-Stadion

Der 94-jährige Willi Lorbeer war ältester Teilnehmer an der Gedenkkundgebung für den 1944 von den Nazis ermordeten Sportler und Nazi-Gegner Werner Seelenbinder.

Er stand als Judokämpfer mit Werner Seelenbinder auf der Matte. Seelenbinder, der Meister-Ringer, half beim Wettkampf aus, weil der Arbeitersportverein Lorbeers keinen Judoka in der Mittelgewichtsklasse aufbieten konnte.

Der Sportjournalist Klaus Huhn erinnerte an Stationen des Lebens Seelenbinders und zitierte dabei aus einem Porträt des Schriftstellers Martin Andersen Nexö. DIE LINKE Neukölln hatte neben anderen Organisationen zur Teilnahme am 24. Oktober aufgerufen und legte am Grab Werner Seelenbinders ein Blumengebinde nieder.

Es geht um unser Wasser ...

Wasser ist ein besonderer Saft. Als Lebensmittel Nr. 1 steht Trinkwasser nur begrenzt zur Verfügung. Deshalb muss die Wasserversorgung nachhaltig gesichert werden. Sie gehört zum Kern öffentlicher Daseinsvorsorge. 1999 hat der damalige CDU/SPD-Senat 49 Prozent der Anteile an den Berliner Wasserbetrieben privatisiert. Die Konzerne Veolia und RWE bestimmen seither weitgehend über das Berliner Wasser. Seit 2004 sind die Wasserpreise um ca. 25 Prozent gestiegen. Als Grund wird genannt: Die geheimen Verträge, in denen die Investoren begünstigt werden. Seit zwei Jahren kämpfen engagierte Bürgerinnen und Bürger mit einem Volksbegehren für die Offenlegung dieser Verträge. Trotz ausreichender Unterschriften ließ der Senat das Volksbegehren nicht zu. Jetzt gab das Landesverfassungsgericht „grünes Licht“.

Foto: KDH

Fast 40.000 Berlinerinnen und Berliner haben den Antrag zum Volksbegehren unterschrieben. Davon waren über 36.000 Unterschriften gültig. Trotzdem ließ der Senat das Volksbegehren-Gesetz zur Offenlegung von Verträgen nicht zu, weil es gegen „höherrangiges Recht“ verstößt, so der Senat in seiner Begründung. Auch Mitglieder der BO Rixdorf sammelten Unterschriften, hier vor dem Rathaus Neukölln.

Kurz nachdem das Urteil des Landesverfassungsgerichts zur Zulassung des Volksbegehrens der Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ zur Offenlegung von Geheimverträgen bei den teilprivatisierten Berliner Wasserbetrieben bekannt war, lud die Basisorganisation Rixdorf der Neuköllner LINKEN die Juristin Sabine Finkenthei und Thomas Rudek von der BI zu einem Informationsgespräch ein. Die Mitglieder der BO wollten wissen, was haben die obersten Berliner Verfassungsrichter konkret entschieden und wie geht es jetzt weiter?

Die Verfassungsrichter sind weit über die Frage der formalen Zulässigkeit des Volksbegehren hinaus gegangen. In der Sache erklärten sie, dass ein Rechtsgeschäft, dessen Inhalt den „Kernbereich der Berliner Wasserwirtschaft“ zum Gegenstand hat, nicht dem Sachbereich des bürgerlichen Rechts zuzurechnen sei. Damit sei die Hürde für die Offenlegung der Verträge durch Vereinbarungen nach bürgerlichem Recht, z. B. die Möglichkeit zur Geheimhaltung von Verträgen gefallen.

Am Schluss der Debatte verabredeten die BO-Mitglieder einen Antrag an den Landesparteitag zu stellen, um zu erreichen, dass DIE LINKE.Berlin den vom Verfassungsgerichtshof zugelassenen Gesetzentwurf des Volksbegehrens zur Offenlegung von Geheimverträgen bei den Berliner Wasserbetrieben unterstützt und die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus aufgefordert wird, den Gesetzestext des Volksbegehrens unverändert in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Der Antrag wurde inzwischen von der Neuköllner Bezirksmitgliederversammlung eingereicht.

„Das Land Berlin kann sich nicht in die Geheimhaltung flüchten“

Wie geht es weiter mit dem Volksbegehren „Schluss mit den Geheimverträgen - Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“? „Neu-Köllnisch“ sprach mit Thomas Rudek, Sprecher des Volksbegehrens des Berliner Wassertisches.

Der Landesverfassungsgerichtshof hat die Gründe zerpflückt, die der Berliner Senat gegen die Zulassung des Volksbegehrens für ein Gesetz zur Offenlegung von Geheimverträgen bei den teilprivatisierten Berliner Wasserbetrieben vorgebracht hatte. Trotzdem beharrt der Senat auf seiner Haltung. Wie geht’s jetzt in Sachen Wasser-Geheimverträge weiter?

Thomas Rudek: Wir bedauern, dass der rot-rote Senat die Gestaltungsspielräume, die das Urteil des Verfassungsgerichtshofs eröffnet, nicht nutzen will. Jetzt hat das Abgeordnetenhaus vier Monate Zeit, sich mit unserem Volksgesetz zu beschäftigen. Sollten die Fraktionen dem Senat folgen und sich NICHT für eine vorbehaltlose Offenlegung der Geheimverträge aussprechen, dann beginnen wir voraussichtlich im März mit der 2. Stufe des Volksbegehrens. Dann müssen die Ärmel hochgekrempelt und in 4 Monaten 170.000 Unterschriften gesammelt werden.

In der Stellungnahme des Senats zum Urteil des Verfassungsgerichtshofs argumentiert Senator Nußbaum mit „grundrechtlich geschützten privaten Interessen“. Die Verfassungsrichter haben hingegen hervorgehoben, dass auch bei privatrechtlicher Ausgestaltung von „Regelungen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge zwischen dem Staat und Dritten“, diese Rechtsgeschäfte nicht dem öffentlichen Recht entzogen sind. Was bedeutet das für die Berlinerinnen und Berliner?

Thomas Rudek: Die Argumentation des Senats beweist seine Verstrickung. Die Passagen, die uns vorliegen, zeigen, dass mittels privatrechtlicher Geheimverträge geltendes Recht unterlaufen wird. Der Verfassungsgerichtshof hat einstimmig zwei wichtige Punkte entschieden: 1. Regelungsbereiche, die sich auf den Kernbereich der Berliner Wasserwirtschaft beziehen, unterliegen der Landesgesetzgebung. Und 2. „Rechtsgeschäfte“ in diesem Bereich - und nichts anderes sind Verträge - unterliegen dem öffentlichen Recht. Das heißt, das Land Berlin kann sich nicht in das Privatrecht und damit in die Geheimhaltung flüchten. Für die Bevölkerung bedeutet das wiederum, dass wir mit unserem Volksgesetz zur Offenlegung rechtswidriger Verträge die Voraussetzungen schaffen können, damit die Wasserbetriebe kostengünstig rekommunalisiert werden können.

Sarrazins Sündenböcke

Thilo Sarrazins gegen Migranten gerichtete Äußerungen sind auch Ausdruck einer Politik, die sozialen Widerstand spalten soll. Davon profitieren Konzerne, Reiche und Rechtsextremisten.

Foto: K-rola Gaetke

Thilo Sarrazin: „Eine große Zahl an Arabern und Türken (..) hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel, und es wird sich auch vermutlich keine Perspektive entwickeln.“

Gegen die diskriminierenden Behauptungen des Vorstandmitgliedes der Deutschen Bundesbank Sarrazin (SPD) protestierten am 21. Oktober rund 100 Menschen vor der SPD-Zentrale in Berlin. Anlass war ein Interview in der Zeitschrift „lettre international“, in dem der ehemalige Berliner Finanzsenator rassistische Vorurteile gegen Migranten verbreitete.

Sarrazin sagte unter anderem, dass Türken und Araber außer Obst- und Gemüsehandel keine produktive Bedeutung hätten, Deutschland mit einer hohen Geburtenrate erobern würden, Bildung keinerlei Bedeutung zumessen würden und integrationsunfähig seien. Der innenpolitische Sprecher der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag schlug daraufhin vor, „Thilo Sarrazin trotz seines SPD-Parteibuches zum Ausländerbeauftragten“ zu machen.

Organisiert hatte den Protest der Verein Allmende, ein Zusammenschluss von Migranten und Flüchtlingen. Allmende kritisiert, dass Sarrazin noch immer Vorstandmitglied der Bundesbank ist und ein SPD-Parteibuch besitzt. „Institutionen, die sich als demokratisch und antifaschistisch bezeichnen, müssen rassistisch denkende Menschen ausschließen“, fordert der Verein.

Die Kritik ist berechtigt. Dabei geht es nicht nur um die verbalen Attacken eines Einzelnen. Dafür ist der Zuspruch zu stark, den er erhalten hat. Sarrazin steht für eine Politik, die sich gegen die ärmsten Teile der Bevölkerung richtet. Durchgesetzt wurde sie von Rot-Grün und Schwarz-Rot. Die jetzige Regierung aus Union und FDP will sie fortsetzen. Dass die SPD Sarrazin bisher noch nicht vor die Tür gesetzt hat, sagt etwas aus über den Zustand der Partei und die Denkweise ihres führenden Personals.

Foto: Lucia Schnell

Protest vor der SPD-Zentrale. Mitglieder von „Allmende“ hatten Obst und Gemüse mitgebracht, um ihre „produktive Bedeutung“ zu demonstrieren.

Zynische „Tipps“ für Arbeitslose

Sarrazins Kommentar ist keine einmalige Entgleisung. In der Vergangenheit hat der SPD-Politiker wiederholt durch diskriminierende Bemerkungen Schlagzeilen gemacht, zum Beispiel über Arbeitslose. Ihnen warf er wiederholt vor, verschwenderisch mit Geld umzugehen.

Im vergangenen Jahr behauptete er zum Beispiel, dass sich Erwerbslose schon für 3,76 Euro pro Tag „völlig gesund, wertstoffreich und vollständig ernähren“ könnten. Er hatte einen Speiseplan für Hartz-IV-Empfänger erstellen lassen, mit dem er seine Behauptung untermauern wollte. Dieser wurde von der „Berliner Morgenpost“ getestet und als ungesund und einseitig verworfen.

Armen Menschen gab er einen ähnlich zynischen Tipp, um Heizkosten zu sparen: „Wenn die Energiekosten so hoch sind wie die Mieten, werden sich die Menschen überlegen, ob sie mit einem dicken Pullover nicht auch bei 15 oder 16 Grad Zimmertemperatur vernünftig leben können“, sagte er.

„Böser“ und „Guter“

Sarrazin zielt darauf ab, die Verantwortung der Politik für Armut und andere Probleme auf betroffene Gruppen in der Bevölkerung abzuwälzen.

Als Finanzsenator setzte er die Linie des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) um, dass gespart werden müsse, „bis es quietscht“. Das damalige Wechselspiel zwischen den beiden erinnert an die Verhörmethode „Guter Polizist, böser Polizist“. Sarrazin gab den „Bösen“ und forderte harte Kürzungen im sozialen Bereich. Das ermöglichte es Wowereit, in die Rolle des „Guten“ zu schlüpfen, der bremst und „weniger harte“ Einschnitte vornimmt.

Ziel einer solchen Politik ist nicht nur das Ablenken von der Verantwortung der Politik durch das Präsentieren von Sündenböcken. Auch der Widerstand gegen Sozialabbau und Rassismus soll auf diese Weise nach dem Motto „teile und herrsche“ gespalten werden. Proteste sind deshalb berechtigt und nötig.

Frank Eßers

Auch nach der Wahl - sozial

Neuköllner Erfahrungsaustausch und erste Schlussfolgerungen

Die Mitgliederversammlung von DIE LINKE. Neukölln plant die Teilnahme an der Kampagne gegen den Afghanistankrieg und will die Zusammenarbeit mit Migrantengruppen stärken.

DIE LINKE.Neukölln wird sich aktiv an der Kampagne „Truppen raus aus Afghanistan“ beteiligen. Zwischen dem 20. und 28. November werden in möglichst vielen Stadtteilen Abstimmungen über die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes organisiert. Damit soll den Menschen in Fußgängerzonen, vor Betriebseingängen und Schulen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinung über den Afghanistankrieg auszudrücken. Das hat die Mitgliederversammlung, die am 30. Oktober 2009 im Rathaus Neukölln stattfand, einstimmig entschieden.

Die mehr als 40 anwesenden Mitglieder sprachen sich auch dafür aus, die Zusammenarbeit mit verschiedenen Neuköllner Migrantengruppen zu intensivieren. Zu diesem Zweck beabsichtigen sie für Anfang nächsten Jahres ein Fest, zu dem migrationspolitische Organisationen eingeladen sind, sowie ein Workshop mit dem Titel „Neukölln für alle – gesellschaftspolitischer Dialog“.

Einstimmig beschlossen wurde außerdem, die Beschäftigten des Berliner öffentlichen Dienstes in ihren Tarifverhandlungen mit dem Senat zu unterstützen. Die Kolleginnen und Kollegen sollen „nach Jahren der Abkopplung von der bundesweiten Lohnentwicklung eine reale Einkommensverbesserung erhalten“.

Weiter forderte die Mitgliederversammlung die Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus geschlossen auf, den Gesetzentwurf des Volksbegehrens der Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ zur Offenlegung von Geheimverträgen bei den teilprivatisierten Berliner Wasserbetrieben unverändert ins Parlament einzubringen. Beide Anträge adressierte die Mitgliederversammlung an den Landesparteitag, der Ende November stattfinden wird.

Zuvor hatte die Mitgliedervollversammlung den zurückliegenden Bundestagswahlkampf ausgewertet und mit der Planung für das Jahr 2010 begonnen. Angesichts von 13,9 Prozent der Zweitstimmen und 12,3 Prozent der Erststimmen im Neuköllner Bundestagswahlkreis widersprach niemand dem Fazit von Wahlkampfleiter Klaus-Dieter Heiser: „Das ist ein überdurchschnittliches Ergebnis und eine gute Grundlage für die weitere Arbeit.“

Ruben Lehnert

Ist die NPD nach ihrer Wahlniederlage noch gefährlich?

Foto: KDH

Gemeinsame Plakataktion der LINKEN, von SPD und Grünen gegen rassistische Parolen der NPD im September: „Neukölln für alle. Gemeinsam gegen Nazis“.

Die NPD hat bei den Bundestagswahlen eine herbe Niederlage erfahren. Nur 1,5 Prozent stimmten für die Nazi-Partei.

Sind die Nazis nach diesem Debakel noch gefährlich? Dieser Frage gingen die Mitglieder der Basisorganisation Rixdorf der Neuköllner LINKEN auf ihrer Versammlung am 8. Oktober nach. Werner Halbauer analysierte das Wahlergebnis und kam zum Ergebnis, dass die NPD jetzt die Führungsrolle im rechtsextremistischen Spektrum beansprucht. Sie wolle den „Kampf um die Straße und die Köpfe“ intensivieren. Angesichts der Wirtschaftskrise verbinde die NPD ihre soziale Demagogie („Deutsche Arbeitsplätzte für Deutsche“) noch stärker mit Rassismus, insbesondere gegen Muslime.

Damit suchte die NPD während des Bundestagswahlkampfes auch in Neukölln die Konfrontation. „Heimreise statt Einreise“ plakatierten die Nazis, insbesondere vor der Moschee am Columbiadamm. Positiv wertete die Versammlung, dass DIE LINKE mit SPD und Grünen eine gemeinsame Plakataktion gegen die Naziprovokation durchführte.

Großen Raum in der Debatte nahm die Frage ein, dass es notwendig ist, den Nazis auf der Straße entschlossen entgegen zu treten, damit sie bei ihren Aufmärschen keine Erfolge bekommen. Im Blickpunkt steht dabei der von den Nazis für den Februar kommenden Jahres in Dresden geplante Marsch durch die Innenstadt aus Anlass der Bombardierung Dresdens 1945. Dafür trommeln sie schon jetzt bundesweit.

Gegen diesen Nazi-Aufmarsch bildet sich ein breites Bündnis, in dem der DGB eine wichtige Rolle übernommen hat. Gelegenheit zu weiterer Diskussion, auch mit auch Ralf Hron, DGB-Regionsvorsitzender Dresden-Oberes Elbetal, und Christine Buchholz vom Parteivorstand der LINKEN wird es im Rahmen der Konferenz „Marx is Muss“ am Sonnabend, dem 28. November, um 19.30 Uhr in der Alten Feuerwache, in der Axel-Springer-Straße geben.

DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht: Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75, ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71 irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Informationsangebot

❑ **Ich möchte Informationsmaterial bekommen.**

❑ **Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.**

❑ **Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.**

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... **Telefon:**.....

Das Herz schlägt für DIE LINKE

Der Kampf von Franziska Lorenz-Hoffmann für die Hoffnung – und gegen Gleichgültigkeit / Ein Porträt von Kathrin Aldenhoff

Sie stehen Schlange, so wie sie es gewohnt sind. Jeden Montag. Dienstag und Freitag ab 7.00 Uhr stehen sie vor dem Jobcenter Neukölln, in Berlin. Sie wollen Geld und Arbeit. Dinge, die Franziska Lorenz-Hoffmann ihnen nicht geben kann.

Und trotzdem ist sie da, bietet Kaffee und gute Ratschläge an. Und Flyer, von ihrer Partei DIE LINKE. Sie ist eine kleine, schlanke Frau mit einem Piercing in der Nase und vier Ohrsteckern auf jeder Seite. Selbst in einer Stadt wie Berlin ist eine Rentnerin wie sie selten. Franziska versucht, die Leute von ihren Ideen zu überzeugen, ihnen wieder Mut zu geben. „Die

„Sie macht mehr als sie sollte," sagt Manfred, der Freund von Franziska Lorenz-Hoffmann. Bild oben: Mit Kathrin Aldenhoff am Info-Stand.

Leute sind frustriert, sie erwarten nichts mehr von der Politik. Aber man darf die Hoffnung nicht aufgeben, dass es eines Tages besser wird. Und dafür kämpfe ich." Vor zwei Jahren hat sie beschlossen, der Linkspartei beizutreten; ihre roten Haare hat sie aber schon seit 30 Jahren. Die Ideen der Linken haben ihr gefallen und sie wollte gegen die Armut kämpfen, die in ihrem Viertel Neukölln besonders ins Auge sticht.

Sie hat viel durchgemacht in ihrem Leben. Ihr Vater ist im Jahr ihrer Einschulung gestorben, und die Beziehung zu ihrer Mutter war immer schwierig. „Sie hat mich nie geliebt, ich weiß nicht warum," sagt die Frau die heute 61 Jahre alt ist. Sie ist die älteste der drei Geschwister und leidet heute noch unter den Spannungen, die zwischen ihrer Mutter, ihren Geschwistern und ihr selbst bestanden und zum Teil immer noch bestehen. Sie wollte es besser machen: Sechs Kinder hat sie auf die Welt gebracht, das erste mit 18 Jahren. Heute hat sie 16 Enkelkinder und 3 Urenkel. Ihre Familie bedeutet ihr sehr viel, weshalb ihr die Entscheidung, ihren Mann zu verlassen, nicht leicht viel. Heute, 13 Jahre später, ist sie glücklich darüber. „Wenn ich mein Leben noch einmal beginnen könnte, würde ich nicht mehr heiraten." Ihr Leben, das waren ihre Kinder und die Arbeit. Die Schule hat sie ohne Abschluss verlassen, sie hatte keine Lust mehr. Mit 39 Jahren hat sie den Schulabschluss dann nachgeholt. Ihre Schwester und ihr Bruder haben studiert, auch Franziska wollte immer studieren: Politikwissenschaft. Aber das Leben hat ihr nicht die Zeit dafür gelassen.

Heute ist es die Partei, die ihr Leben strukturiert. Vor allem während des Wahlkampfes haben die politischen Veranstaltungen ihren Tagesablauf bestimmt. Sie ist Vorstandsmitglied des Bezirksverbandes Neukölln, die Sitzungen am Donnerstagabend sind ein Pflichttermin für sie. Sie fühlt sich verantwortlich. Selbst ihr Asthma, die Probleme mit den Stimmbändern und die Gehbeschwerden halten Sie nicht davon ab, jedes mal pünktlich zu erscheinen.

Franziska Lorenz-Hoffmann spricht nicht gerne über ihre gesundheitlichen Probleme; ihr ist es lieber, als starke Frau gesehen zu werden. Die Bitten ihres Freundes Manfred, sich ein bisschen mehr zu schonen, ignoriert sie weitestgehend. „Sie macht mehr als sie sollte," sagt er. Als sie das hört, schüttelt sie den Kopf und verzieht ihre Mundwinkel. „Die anderen arbeiten auch von morgens bis abends auch für die Partei," sagt

Fotos: Kathrin Aldenhoff

Franziska Lorenz-Hoffmann: „Man darf die Hoffnung nicht aufgeben, dass es eines Tages besser wird. Und dafür kämpfe ich."

sie. Und sie möchte auch soviel geben wie die.

Mit ihrer Freundin Silvia geht Sie gerne Einkaufen, Anziehsachen und Krimskrams. Ihre Wohnung ist voll davon, überall sind Engel und in der Küche reitet eine Hexe auf ihrem Besen. Sie legt Wert darauf; dass ihre Sachen kein billiger Ramsch sind. Für Franziska Lorenz-Hoffmann ist es wichtig zu wissen, was die Leute von ihr denken. „Sie nimmt sich Kritik sehr zu Herzen und will immer alles perfekt machen," sagt ihre Freundin Silvia.

Es ist die letzte Woche vor der Bundestagswahl: Franziska Lorenz-Hoffmann hat schlecht geschlafen, Sie hat Kopfschmerzen. Ihre Beine sind schwer und die Karl-Marx-Straße, die Neukölln durchquert, ist lang. Sie geht langsam, strengt sich an zu lächeln und bietet den Passanten die Parteizeitung an; die meisten schütteln den Kopf: „Nein, danke". Ihr lächeln erlischt. Sie versteht nicht, das sich die Leute nicht für ihre Partei, nicht für die Politik, nicht für die Wahl interessieren. In der Menge sieht sie einen Genossen, der auch Zeitungen verteilt. Er zündet sich gerade eine Zigarette an. Franziska Lorenz-Hoffmann geht auf ihn zu und bittet ihn, die Zigarette auszumachen: Man will doch einen guten Eindruck machen. Ihr Genosse lächelt, sagt „Ja Chef" und macht die Kippe aus; Sie ist zufrieden. Obwohl sie müde ist, macht sie weiter, marschiert die Straße entlang, mit kleinen Schritten, lächelnd, immer bereit mit den Leuten zu diskutieren, Noch fünf Tage bis zur Wahl. Fünf Tage, in denen sie für ihre Partei kämpfen wird. Fünf Tage Hoffnung. Hoffnung, dass sich die Dinge ändern. Sie läuft weiter, ihre schmale Gestalt taucht in die Menge ein, bis sie schließlich ganz verschwindet.

Das Porträt wurde im Rahmen des Journalistik-Studiums von Kathrin Aldenhoff erstellt.

Foto: KDH

Erinnerungen an Höhepunkte des Museums Neukölln: Im Atrium ist eine Dokumentation der Jahresausstellungen von Friedhelm Hoffmann zu sehen.

Tschüss, Museum Neukölln

Abschiedsstimmung in der Ganghoferstraße 3: Am 29. Dezember schließen die Türen des Museums Neukölln. Neueröffnung in Britz am 30. April 2010.

Mit dem Museum Neukölln verlässt eine wichtige Kulturinstitution den Neuköllner Norden, um im Kulturgut Britz eine neue Heimstatt zu finden. Die Entscheidung des Bezirksamtes zum Museums-Umzug ist auf Einwände gestoßen. In einer Phase, so die Kritiker, wo es gelte den Neuköllner Norden angesichts der sozialen Probleme auch kulturell zu fördern, sei dies kontraproduktiv.

Bis zum Schließtag sind im Museum zwei Ausstellungen zu sehen. In der Fotogalerie im Atrium dokumentiert der Fotograf Friedhelm Hoffmann im Rückblick über zwanzig Jahre die Jahresausstellungen. Sie hatten oftmals weit über Neukölln hinaus Aufmerksamkeit, zum Beispiel beim Europarat, gefunden.

Im Foyer und im rechten Ausstellungsraum in der Ganghoferstraße kann ein erster Blick auf die Möglichkeiten am neuen Standort geworfen werden. Die neue ständige Ausstellung zur Stadtgeschichte mit dem Titel „99 x Neukölln“ wird 99 Originalobjekte der Sammlung ins Zentrum stellen. Einige davon sind bereits jetzt in der Werkstattausstellung zu sehen.

KDH

Anzeige

LINKER JOURNALISMUS BRAUCHT ÖFFENTLICHKEIT BRAUCHT LINKEN JOURNALISMUS

JETZT GRATIS TESTEN!

DAS ND-PROBEABO
Jetzt **2 Wochen kostenlos** und unverbindlich testen:
Tel. 030/2978-1800 oder www.neues-deutschland.de

DRUCK VON LINKS Neues Deutschland

Leuchtende Herbstbilder

DIE LINKE.Neukölln zeigt vom 24. November bis zum 29. Januar Gemälde von Heike Arndt im Zentrum am Richardplatz 16.

Die 1963 in Ostberlin geborene und aufgewachsene Künstlerin Heike Arndt - seit beinahe 25 Jahren in Dänemark lebend - hat sich immer mit dem Studium der menschlichen Relationen beschäftigt. Der ostdeutsche Hintergrund und viele längere Aufenthalte in verschiedenen Kulturen und Ländern (von Grönland und Afrika über China zu den USA) haben dazu beigetragen, dass sie durch ihre künstlerische Arbeit die physischen und psychischen Grenzen zwischen Menschen zu überbrücken versucht.

Heike Arndts Bildersprache ist expressiv, die Farben sind kräftig und strahlend. Zentrales Thema sind der Mensch und menschliche Beziehungen. Ihre Ausstellung wird uns die kurzen und trüben Herbst- und Wintertage erleuchten, sie vermitteln Wärme und Freude.

Julia Dobberstein

Die Vernissage findet am Dienstag, dem 24. November 2009, um 19 Uhr im Ladenlokal der Neuköllner LINKEN am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U 7 Karl-Marx-Straße) statt.

Heike Arndt erläutert die Intention ihrer Bilder.

Die Ausstellung kann bis zum 29. Januar 2010 kostenlos besichtigt werden: montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 16 und von 17 bis 19 Uhr, sowie freitags von 10 bis 14 Uhr.

Endlich Gedenkstätte - Das SA-Gefängnis Papestraße

Vom 12. November 2009 bis 10. Januar 2010 zeigt die Galerie Olga Benario in der Richardstraße 104 eine Ausstellung über das erst 1992 wieder entdeckte Foltergefängnis der SA in der General-Pape-Straße. Im Begleitprogramm wird an weitere Gedenkstätten und Geschichtsorte erinnert, so an das KZ Columbia auf dem Flughafengelände Tempelhof (17.12.2009, 19.30 Uhr). Weitere Informationen: www.galerie-olga-benario.de

Buchempfehlung:

Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan

In dem kürzlich im Piper Verlag erschienen Buch beschreibt die jetzt 31-jährige Politikerin Malalai Joya sowohl ihre persönliche als auch die Geschichte ihres Landes Afghanistan.

Im westafghanischen Distrikt Farah 1978 geboren wuchs sie nach der Flucht ihrer Familie aus Afghanistan in Flüchtlingslagern im Iran und in Pakistan auf.

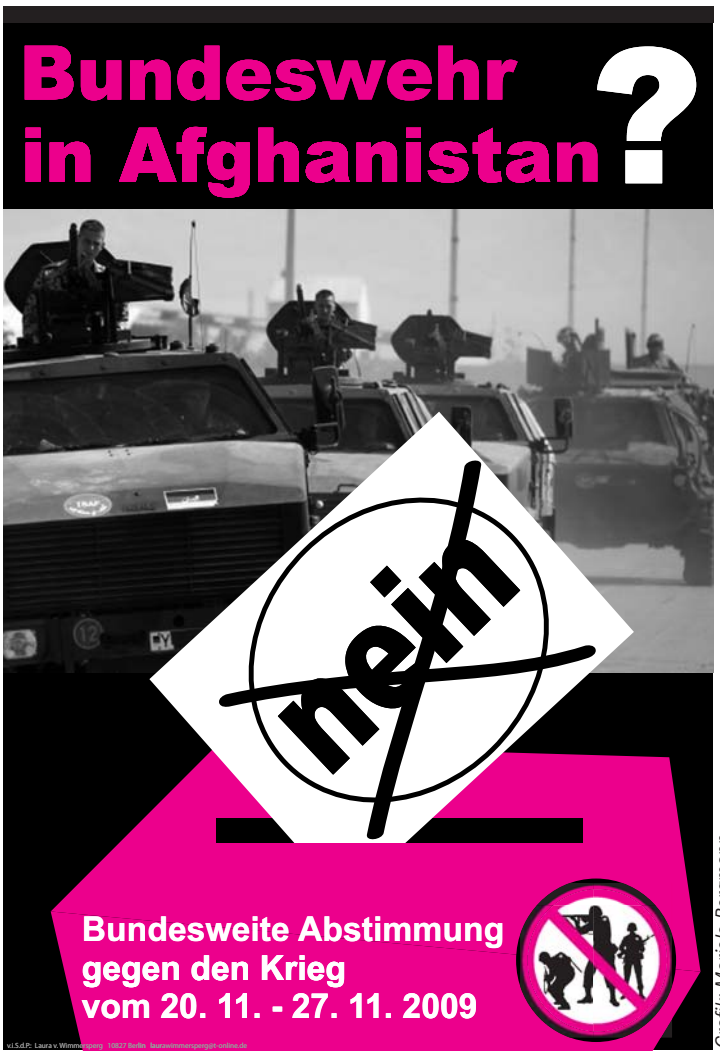
Schon mit 19 Jahren begann sie, Frauen im Lesen und Schreiben zu unterrichten. Nach ihrer Rückkehr nach Afghanistan gründete sie ein Waisenhaus und eine Klinik.

2003 erhob sie als Abgeordnete ihre Stimme gegen die ebenfalls im Parlament sitzenden Kriegsverbrecher. 2007 wurde sie schließlich nach zahlreichen Morddrohungen ihres Amtes enthoben und führt nun ihren Kampf außerhalb des Parlaments weiter. Ein wichtiges Buch für die Friedensbewegung.

Frank Schelm

Malalai Joya: Ich erhebe meine Stimme. Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan.
Piper Verlag 2009, 19,95 Euro,
ISBN: 9783492052771

Abstimmen über Kriegseinsatz!



Grafik: Mariele Bergmann

Kanada, Japan und die Niederlande wollen ihre Truppen abziehen, aber die Bundesregierung denkt über mehr Soldaten in Afghanistan nach. Die Friedensbewegung ruft vom 20. bis 28. November bundesweit zur Abstimmung über den Kriegseinsatz auf.

Afghanistan erlebt das blutigste Jahr seit dem Einmarsch der NATO-Truppen im Jahr 2001: Zwischen Januar und Oktober 2009 starben 445 ausländische Soldaten und über 1.500 Zivilisten. Die Strategie der NATO ist gescheitert, wie die jüngsten „Präsidentenwahl“ erneut gezeigt hat. Doch anstatt den Kurs zu wechseln und sich vom Hindukusch zurückzuziehen, fordern Politiker und Militärs noch mehr Soldaten – auch von Deutschland.

Laut ARD-Deutschlandtrend von Juli 2009 ist die Zahl derer, die für den schnellst möglichen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan sind, auf 69 Prozent angestiegen. Die Friedensbewegung bringt die Frage jetzt auf die Straße: „Sind Sie für die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan?“ **Auch in Neukölln wird es an vielen Orten Abstimmungsaktionen geben. DIE LINKE beteiligt sich daran. So wird es auf der Internetseite www.die-linke-neukoelln.de Informationen über die Orte und Zeiten der Abstimmung in Neukölln geben.**

Veranstaltungen:

Dienstag, 17.11.2009, 19.00 Uhr:
Plenum attac-Berlin zum Thema Afghanistan mit Claudia Heydt.
Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4

Mittwoch, 18.11.2009, 19.00 Uhr:
Veranstaltung der LAG Frieden und internationale Politik in der LINKEN mit Christine Buchholz (MdB, DIE LINKE), Christian Ströbele (MdB, Die Grünen, angefragt) und weiteren Podiumsteilnehmer/-innen.
Ort: Werkstatt der Kulturen der Welt, Wissmannstraße (nahe Hermannplatz).

Freitag, 20.11.2009, 19.00 Uhr:
Veranstaltung zum Auftakt der Abstimmungsaktion mit dem Deserteur aus der US-Army André Shepard, der in der Bundesrepublik politisches Asyl beantragt hat.
Ort: DGB-Haus in der Keithstraße (nahe Wittenbergplatz).

„Rote Weihnachtsfeier“

Als Auftakt zu Veranstaltungen unter dem Motto „LINKS-ROCK“ spielen am Freitag, 18.12.2009, ab 20.00 Uhr in der Musikkneipe „Lagari“ (Nansenstr./Pflügerstr.) die Gruppen Alle Mann Hungry, Phil (Lee Viajero) und Nightliner auf der „Roten Weihnachtsfeier“ der Neuköllner LINKEN.

Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr
Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 2.500
V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser
Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19
Redaktionsschluss: 3.11.2009
Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 27.11.2009
Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

Termine DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand
Der Bezirksvorstand tagt jeden zweiten Donnerstag parteiöffentlich in den Räumen der Geschäftsstelle am Richardplatz 16.
Donnerstag, 12.11.2009, 19.00 Uhr
Donnerstag, 26.11.2009, 19.00 Uhr
Donnerstag, 10.12.2009, 19.00 Uhr

Aktionstag zur Abstimmungsaktion gegen den Afghanistankrieg
Sonnabend, 21.11.2009, Treffpunkt am Richardplatz 16 um 10.00 Uhr

BO Hermannstraße
Mittwoch, 11.11.2009, 19.00 Uhr: „Afghanistan, Mandatsverlängerung - Volksbefragungsaktion der Friedensbewegung“

Mittwoch, 25.11.2009, 19.00 Uhr: „Rechtsextremismus“ im Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstr. 29, 12053 Berlin

BO Reuterkietz
Dienstag, 10.11.2009, 19 Uhr: „Protestaktionen gegen den Afghanistankrieg“. Offenes Treffen im Restaurant Odysseus, Friedelstr. 37, 12047 Berlin

Freitag, 20.11.2009, 16 Uhr Maybachufer/Hobrechtstr.: Aktion öffentliche Abstimmung über Afghanistankrieg.

Dienstag, 25.11.2009, 19 Uhr „Kindergeldbetrug bei Hartz IV“. Verein iranischer Flüchtlinge, Reuterstr. 52, 12047 Berlin

Dienstag, 8.12.2009, 19 Uhr Offenes Treffen im Restaurant Odysseus, Friedelstr. 37, 12047 Berlin

BO Rixdorf
Donnerstag, 19.11.2009, 19.00 Uhr: „Quartiersmanagement“ und „Afghanistan-Kampagne 2009“

Donnerstag, 3.12.2009, 19.00 Uhr: DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd
Dienstag, 17.11.2009, 18.00 Uhr: „Rechtsextremismus in Neukölln“. Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Bat-Yam-Platz.

Info-Stände jeweils dienstags ab 17.30 Uhr und sonntags ab 9.00 Uhr auf dem Bat-Yam-Platz (U-Bhf. Lipschitzallee)

BO Demokratische Linke
Montag, 16.11.2009, 19.30 Uhr Wahlauswertung einmal anders - Besuch des Kabaretts „Distel“, anschließend Diskussion zur Bundestagswahl

Montag, 7.12.2009, 19.00 Uhr „Resümè 2009 und Aufgaben 2010“, DIE LINKE, Richardplatz 16

Erwerbsloseninitiative Neukölln
Donnerstag, 19.11.2009, 9.00 Uhr, Aktion vor dem JobCenter Sonnenallee
Dienstag, 17.11. und 1.12.2009 Erwerbslosenfrühstück von 11.00 bis 14.00 Uhr DIE LINKE, Richardplatz 16